

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 16. Sitzung

Anfrage 1: Hisbollah-Indoktrination von Kindern und Jugendlichen in der Al-Mustafa-Gemeinschaft

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse über eine islamistische Indoktrination von Bremer Kindern und Jugendlichen hat der Senat aufgrund des vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Bremer Al-Mustafa-Gemeinschaft Abdul-Latif W. und den dort als Prediger tätigen Hassan M. geführten Strafverfahrens einschließlich der mündlichen Verhandlung und Urteilsbegründung?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche welchen Alters waren nach Kenntnis oder Einschätzung des Senats von der Hisbollah-Indoktrination betroffen, insbesondere in der vom Hanseatischen Oberlandesgericht laut Medienberichten festgestellten Pfadfindergruppe mit paramilitärischem Charakter?
3. Inwieweit hat bisher eine gezielte Nachsorge für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern stattgefunden und welche darüberhinausgehenden Maßnahmen gegen Gefährdungen des Kindeswohls und der öffentlichen Sicherheit hält der Senat für erforderlich?

Anfrage 2: Wie sicher ist „itslearning“?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie werden die Passwörter der Plattform „itslearning“ für die Schüler:innen im Land Bremen erstellt und welche Vorgaben gibt es gegebenenfalls vonseiten der Bildungsbehörde oder der Schulen dafür?
2. Aus welchen Gründen ist die Funktion „Passwort zurücksetzen“ für Bremer Schüler:innen nicht wie bei anderen Plattformlizenzen verfügbar, um eigenständig ein neues Passwort zu wählen?
3. Sind dem Senat Fälle bekannt, und wenn ja wie viele, bei denen Passwörter geknackt wurden und „itslearning“ durch Dritte missbräuchlich genutzt wurde?

**Anfrage 3: Krisenkonzepte für Pflegeeinrichtungen in Katastrophenfällen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse und Übersichten hat der Senat darüber, welche Pflegeeinrichtungen im Land Bremen nach § 113 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) ein Krisenkonzept für den Katastrophenfall erstellt haben?
2. Gab es für die Erstellung eines Krisenkonzepts für Pflegeeinrichtungen Vorgaben, Empfehlungen und/oder Unterstützung durch den Senat oder Bundesbehörden?
3. Inwieweit werden bei der Erstellung und Überprüfung von Krisenkonzepten für Pflegeeinrichtungen die verschiedenen an der Gefahrenabwehr beteiligten und insbesondere die für die Betreuung und Unterbringung von Betroffenen zuständigen Stellen und Akteure eingebunden?

**Anfrage 4: Vernetzung der ambulanten Pflege im Katastrophenfall
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Kevin Lenkeit, Derik Eicke,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern wird in Bremen die Empfehlung an Träger ambulanter Pflegedienste durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), in Absprache mit den Gefahrenabwehrbehörden der Kommune ein Krisenkonzept vorzuhalten, umgesetzt?
2. Welche Kenntnisse hat der Senat über regelmäßige Kommunikation und/oder Vernetzung zwischen ambulanten Pflegediensten und an der Gefahrenabwehr beteiligten und für Transport, Betreuung und Unterbringung von Betroffenen zuständigen Stellen und Akteure?
3. Welche Maßnahmen wurden infolge der Katastrophenschutz-Vollübung Weserdüne im Jahr 2023 hinsichtlich der Verbesserung des Transports von Pflegebedürftigen beziehungsweise Menschen mit Behinderung eingeleitet?

**Anfrage 5: Weiterführung der psychosozialen Beratungsstelle im Freiwilligendienst
Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Zu wann wird die psychosoziale Beratungs- und Koordinierungsstelle im Rahmen der Freiwilligendienste ihr Angebot aufnehmen und wo und wie wird sie erreichbar sein?
2. Was sind die Zielgruppen der Beratungsstelle und mit welchen Themen und Anliegen können diese sich an die Beratungsstelle wenden?
3. Inwiefern erfolgt eine Zusammenarbeit oder ein Austausch zwischen der Beratungsstelle und den Trägern der Freiwilligendienste beziehungsweise den Einsatzstellen, um den Zielgruppen ihr Angebot bekannt zu machen?

**Anfrage 6: Ausländischen Ärzt:innen Approbation erteilen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Basem Khan, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, wie viele geflüchtete Ärzt:innen im Land Bremen einen Antrag auf Approbation beziehungsweise Anerkennung der ausländischen Approbation gestellt haben, um in Deutschland praktizieren zu dürfen und welche sind dabei die häufigsten drei Herkunftsländer?
2. Welche Erkenntnisse hat der Senat über den Bearbeitungs- und Bewilligungsstand der gestellten Anträge?
3. Wie bewertet der Senat den Bedarf, diesen Fachkräften als Ärzt:innen im Land Bremen eine Arbeit beziehungsweise Anstellung zu ermöglichen?

**Anfrage 7: Wie lange dauern Verfahren auf Heimunterbringung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern ist es zutreffend, dass die Bearbeitungszeiten von Heimunterbringungsgesuchen im Land Bremen bis zu zwölf Monate betragen, wohingegen in Niedersachsen Beschlüsse bereits nach rund sechs Wochen vorliegen?
2. Was sind nach Kenntnis des Senats die Gründe für die langen Bearbeitungszeiten im Land Bremen und welche Maßnahmen sind geplant, um Abhilfe zu schaffen?
3. Welche Konsequenzen haben verzögerte Beschlüsse auf Heimunterbringung nach Kenntnis des Senats für die Betroffenen?

**Anfrage 8: Werden die Nachzahlungen aus dem Länderfinanzausgleich für den Bildungsetat genutzt?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 15. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern werden die Nachzahlungen aus dem Länderfinanzausgleich für den Bildungsetat genutzt und falls ja, wie viel Geld wird in den Bildungsetat fließen? (Bitte konkret angeben, wie hoch der Anteil sein wird, der in den Bildungsetat fließen soll.)
2. Wann werden die Nachzahlungen aus dem Länderfinanzausgleich voraussichtlich ausbezahlt werden und inwiefern setzt sich der Senat bereits damit auseinander, in welche Ressorts das Geld fließen wird? (Bitte konkrete Vorstellungen des Senats angeben.)
3. Falls ein Anteil der Nachzahlungen aus dem Länderfinanzausgleich in den Bildungsetat fließen wird, welche Projekte werden vorrangig finanziell unterstützt? (Bitte genau angeben, wie viel Geld für diese benötigt wird.)

Anfrage 9: Einsatz des Senats für ein AfD-Verbot
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion
DIE LINKE
vom 15. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen konkreten Schritten hat sich der Senator für Inneres auf der Sommer-Innenministerkonferenz entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses dafür eingesetzt, eine Materialsammlung zur AfD anzulegen, die einem Antrag auf Parteiverbot zugrunde gelegt werden könnte?
2. Mit welchem Ergebnis hat der Senat die schriftliche Urteilsbegründung des Oberverwaltungsgerichts Münster hinsichtlich möglicher Rückschlüsse auf ein Parteiverbotsverfahren ausgewertet und teilt der Senat in dem Zusammenhang die Auffassung, dass eine verfassungsschutzrechtliche Einstufung keine unmittelbare Voraussetzung für eine verfassungsrechtliche Überprüfung wäre?
3. Was tut der Senat jenseits der Innenministerkonferenz, um die Prüfung eines Verbots der AfD und der Jungen Alternative für Deutschland voranzubringen, beispielsweise auf Ministerpräsidentenkonferenz-Ebene oder durch Aktivitäten eigener Behörden und Ämter?

Anfrage 10: Hausbesuche gemäß fachlicher Weisung zum § 6 SGB II
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion
DIE LINKE
vom 15. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Fällen der zwischen dem 1. Januar 2023 und 30. Juni 2024 durch die Außendienste der Jobcenter Bremen und Bremerhaven über 5 000 durchgeführten Hausbesuche im Land Bremen haben sich die Verdachtsfälle als begründet erwiesen?
2. Welches Fach-Team hat das Prüfergebnis ausgewertet und abgeleitet?
3. Was hat die Auswertung des Prüfergebnisses ergeben?

Anfrage 11: Entwicklung gesetzlicher Betreuungsverfahren im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und die
Fraktion der FDP
vom 15. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Zahl der vom Betreuungsgericht auf Antrag oder von Amts wegen bestellten Betreuer in den vergangenen zehn Jahren jeweils jährlich entwickelt?
2. In wie vielen Fällen wurden dabei Berufsbetreuer und Betreuungsvereine eingesetzt?
3. Wie hat sich die Zahl der Berufsbetreuer und Betreuungsvereine im Land Bremen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

**Anfrage 12: Wann kommt die Bremer Stadionallianz?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 19. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Mit welchen Akteuren hat der Senat bislang Gespräche zur Etablierung einer Stadionallianz in Bremen geführt?
2. Welche Schritte zur Implementierung wurden bislang abgestimmt, wie sieht das weitere Verfahren aus und wann soll die Bremer Stadionallianz starten?
3. Mit welchen Effekten rechnet der Senat durch die Etablierung einer Stadionallianz in Bremen?

**Anfrage 13: Transformation des Vergaberechts: Wo steht der Prozess?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich das Land Bremen am Konsultationsprozess des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zur Reform des Vergaberechts beteiligt?
2. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse des Konsultationsprozesses und wann rechnet er mit einer Verabschiedung des „Vergabetransformationspakets“ durch die Bundesregierung?
3. Welche Auswirkungen wird die Reform aller Voraussicht nach auf die Vergabe- und Beschaffungspraxis im Land Bremen haben und wie bewertet der Senat diese Veränderungen?

**Anfrage 14: Dolmetscher-Flatrate - Bleibt es bei der angekündigten Einführung in der zweiten Jahreshälfte 2024?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 20. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit kann ein präziser Zeitrahmen genannt werden, ab wann die Dolmetscher-Flatrate für die verschiedenen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven verfügbar sein wird?
2. Welche Schritte wurden bisher unternommen, um die Dolmetscher-Flatrate einzuführen?
3. Welche Einrichtungen und Bereiche in Bremen und Bremerhaven werden die Dolmetscher-Flatrate ab welchem Zeitpunkt nutzen können?

Anfrage 15: Verbesserung des Opferschutzes insbesondere für Frauen und verletzte Personen?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 20. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit forciert der Bremer Senat eine Gesetzesänderung des Strafgesetzbuches auf Bundesebene, um die Rechte von Kindern, Frauen, Senioren und Menschen mit Behinderung zu stärken?
2. Inwiefern würde der Bremer Senat die Anpassung der Tatbestände der gefährlichen Körperverletzung, des schweren Raubes und des Mordes dahingehend unterstützen, dass ein neues Qualifikations- beziehungsweise Mordmerkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ ergänzt wird?
3. Inwieweit erachtet der Bremer Senat darüber hinaus die Verschärfung des Strafrahmens für Gruppenvergewaltigungen in § 177 Absatz 7 Strafgesetzbuch (StGB) für angezeigt?

Anfrage 16: Beschäftigungsquote von Geflüchteten im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 20. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Beschäftigungsquote aller erwerbsfähigen Menschen im Alter von 15 bis 65 Jahren aus den Top-8-Asylherkunftsländern, die einen sozialversicherungspflichtigen Job im Land Bremen haben, seit 2017 entwickelt? (Bitte die Zahlen für jedes Jahr einzeln aufschlüsseln und erläutern, welche Maßnahmen der Senat ergriffen hat, um eine mögliche Steigerung dieser Quote zu fördern.)
2. Wie hat sich die Quote der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten aus der Ukraine im Land Bremen seit Januar 2022 entwickelt? (Bitte die Zahlen für jedes Jahr einzeln aufschlüsseln und erklären, welche spezifischen Herausforderungen der Senat in diesem Kontext identifiziert hat und wie diesen begegnet wurde.)
3. Welche neuen und messbaren Maßnahmen hat der Senat in den letzten zwei Jahren ergriffen, um mehr geflüchtete Menschen in Arbeit zu bringen, und wie bewertet der Senat den Erfolg dieser Maßnahmen?

Anfrage 17: Verkehrschaos trotz Großevent: Auswirkungen der Gleisarbeiten auf die Maritime Woche in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 20. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Womit hat die Deutsche Bahn die Durchführung der Gleisarbeiten zwischen Bremen und Bremerhaven ausgerechnet während der Maritimen Tage in Bremerhaven begründet?
2. Wie stellten sich die Einschränkungen während der Gleisarbeiten dar und welche Bilanz lässt sich zu den Einschränkungen für die Fahrgäste und das Besucheraufkommen bei den Maritimen Tagen ziehen?
3. Wie will der Senat derartige Einschränkungen während solcher Großereignisse verhindern, insbesondere im Hinblick auf die Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag von Bremerhaven im Jahr 2027 und der „SAIL BREMERHAVEN“ im Jahr 2025?

Anfrage 18: „Wo das Jobcenter klingelt und wo nicht“ – Hausbesuche in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 20. August 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vollzeitäquivalente [VZÄ]) mit welchen Qualifikationen sind jeweils in den Jobcentern Bremen und Bremerhaven mit dem Auftrag für Hausbesuche zuständig, durch die die Anspruchsvoraussetzungen, ungerechtfertigter Leistungsbezug und Leistungsmissbrauch von Personen überprüft werden sollen, die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) (Bürgergeld) beantragen, beziehen oder bezogen haben?
2. Warum werden in Bremen im Verhältnis zur Zahl der Leistungsberechtigten so viel weniger Hausbesuche durchgeführt als in Bremerhaven?
3. Wie und woran wird der Erfolg der in beiden Kommunen durchgeführten Hausbesuche gemessen, wie und wo werden die Ergebnisse festgehalten, und inwiefern stehen die jeweiligen Abteilungen der Jobcenter im Austausch miteinander, um die eigene Strategie und Arbeitsweise anhand der dokumentierten Erfahrungen und Ergebnisse fortlaufend anzupassen?

**Frage 19: Wie ist der aktuelle Stand der Umbauarbeiten in der Erstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete Menschen (EAE) in der Lindenstraße?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 20. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Konnten die Arbeiten fristgerecht zu den kalkulierten Kosten abgeschlossen werden?
2. Wenn nein, warum nicht (bitte benennen und beschreiben Sie den Stand der Arbeiten, die aktuell in der Einrichtung zur Verfügung stehenden Plätze und deren Auslastung, sowie eventuell bereits absehbare höhere Gesamtkosten als die ursprünglich für den Umbau kalkulierten 1,95 Millionen Euro)?
3. Wurde die Nutzung der 90 Containerplätze auf dem Gelände der Erstaufnahme, die ursprünglich bis Ende April 2024 vorgesehen war, verlängert? (Wenn ja, benennen Sie bitte den Zeitraum und die Kosten.)

**Anfrage 20: Genehmigungen für Cannabis Social Clubs in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE
vom 21. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Vereinigungen haben bislang einen Antrag auf Genehmigung eines Cannabis Social Clubs im Land Bremen gestellt?
2. Wie geht der Senat mit eventuell unvollständigen Antragsunterlagen oder noch zu klärenden offenen Fragen bei entsprechenden Anträgen um?
3. Wie viele solcher Clubs sind bereits genehmigt?

**Anfrage 21: Wie viele offene Haftbefehle gibt es aktuell im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 21. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Haftbefehle sind aktuell im Land Bremen nicht vollstreckt (Stichtag 31. August 2024)?
2. Wie hat sich die Anzahl der ausgestellten sowie offenen Haftbefehle in den letzten fünf Jahren im Land Bremen entwickelt und welche Schlüsse zieht der Senat daraus?
3. Wie schätzt der Senat den zusätzlichen Bedarf an Haftplätzen im Land Bremen ein, sollten alle derzeit offenen Haftbefehle unverzüglich vollstreckt werden?

**Anfrage 22: Schläft ihre Gewerbeanmeldestelle, Frau Senatorin Vogt?
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröniger, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 21. August 2024**

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 23: Wie mehr Handlungsfreiraum für herausgeforderte Schulen organisieren?
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwieser, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 27. Juni 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern erkennt der Senat in der durch das Schulverwaltungsgesetz (BremSchVwG) eröffneten Möglichkeit, Schulen von Bestimmungen von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu entpflichten (§ 23 Absatz 3 BremSchVwG), ein probates Mittel, um besonders herausgeforderten Schulen gezielt zusätzlichen Handlungsfreiraum in ihrer pädagogischen Arbeit zu eröffnen?
2. Falls ja, bei welchen konkreten Bestimmungen von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften sieht der Senat im Zuge einer etwaigen Entpflichtung grundsätzlich entsprechendes Potenzial zur Schaffung des gesuchten zusätzlichen Handlungsfreiraums für besonders herausgeforderte Schulen?
3. Welchen Schulen in Bremen und Bremerhaven wurde bisher durch die zuständige Schulbehörde in Form von Ziel- und Leistungsvereinbarungen eine individuelle Entpflichtung zugestanden und in Bezug auf welche konkreten Bestimmungen von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften war dies jeweils der Fall?

**Anfrage 24: Untergetauchter Straftäter: Wurde Fluchtgefahr geprüft?
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und
Fraktion DIE LINKE
vom 27. August 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über den Aufenthaltsort und den etwaigen Reiseweg des wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 19 Millionen Euro zu sieben Jahren Haft verurteilten ehemaligen Geschäftsführers einer Bremer Entsorgungsfirma?
2. Wurde durch Staatsanwaltschaft oder Gericht geprüft, ob schon während der laufenden Gerichtsverfahren Haftgründe vorlagen, insbesondere aufgrund von Fluchtgefahr?
3. Inwieweit wird bei im Raum stehenden hohen Haftstrafen die Vorbereitung zur Ausreise, insbesondere in Staaten, die nicht an Deutschland ausliefern, als ein möglicher Haftgrund angesehen?

**Anfrage 25: Mähroboter: Eine nächtliche Gefahr für Tiere?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 3. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Verletzungsgefahr für Tiere durch den nächtlichen Einsatz von Mährobotern?
2. Wie beurteilt der Senat die Forderung von Natur- und Tierschutzorganisationen, den Einsatz von Mährobotern auf Tageszeiten zu beschränken?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Nutzer über die Verletzungsgefahr für Tiere beim nächtlichen Einsatz von Mährobotern aufzuklären?

**Anfrage 26: Aktueller Stand: Aktenhalde der Polizei im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 3. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Haldenstand (Stichtag 1. September 2024) bei der Bremer Polizei und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden angeben)?
2. Wie hat sich die Zahl der Aktenhalde im Laufe des letzten halben Jahres entwickelt?
3. Wie viel zusätzliches Personal wird derzeit zur Abarbeitung der Rückstände eingesetzt und aus welchen Bereichen der Polizei wird dieses abgezogen?

**Anfrage 27: Stromzählerwechsel in Kleingärten
Anfrage der Abgeordneten Muhlis Kocaağa, Sofia Leonidakis und
Fraktion DIE LINKE
vom 4. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass auch in den rund 17 000 Kleingärten im Land Bremen die Stromzähler ausgetauscht werden müssen, mit damit verbundenen Kosten von bis zu 2 000 Euro bei besonders alten Sicherungskästen beziehungsweise Zählerplätzen?
2. Teilt der Senat die Auffassung, dass Kleingärten einen immensen Beitrag zur Nahversorgung gerade von einkommensschwachen Haushalten und zur Integration und Inklusion darstellen und daher die Kosten für die Nutzung von Kleingärten unbedingt verhältnismäßig sein sollten?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die mit der Erneuerung der Zählerplätze verbundenen Kosten für den Austausch von Stromzählern für die Kleingärtner:innen möglichst niedrig zu halten und wie möchte der Senat die Kleingärtner:innen hier unterstützen?

Anfrage 28: Sprachbildungskonzepte an Bremer Schulen: Status, Maßnahmen und bestehende Hürden

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. September 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Schulen im Land Bremen haben derzeit ein Sprachbildungskonzept implementiert, wie viele noch nicht und woran liegt das?
2. Welche konkreten Maßnahmen setzen die Schulen mit einem Sprachbildungskonzept um und wie wird deren Umsetzung evaluiert und sichergestellt?
3. Wie stellt der Senat sicher, dass die Sprachbildungskonzepte effektiv umgesetzt werden und welche konkreten Schritte sind geplant, um die Konzepte in Zukunft weiterzuentwickeln und anzupassen?

Anfrage 29: Einführung des Informatikunterrichts

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. September 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Schritte sind im Schuljahr 2024/2025 zur Einführung des Informatikunterrichts geplant, wann werden die Pilotschulen ausgewählt und zu wann soll der Unterricht im Schuljahr 2025/2026 in den Jahrgangsstufen 9 und 10 starten?
2. In welchem Zusammenhang steht die Einführung des Informatikunterrichts mit dem Orientierungsrahmen „Bildung in der Digitalen Welt“ und welche spezifischen didaktischen Leitlinien aus diesem Rahmen werden während der Erprobungsphase bei der Gestaltung des neuen Fachs vorläufig berücksichtigt?
3. Welche Auswirkungen hat die Einführung des Informatikunterrichts auf die bestehenden Schul- und Profilstunden an Oberschulen und Gymnasien und wie wird sichergestellt, dass schwächere Schüler:innen dabei nicht benachteiligt werden?

Anfrage 30: Digitalpakt 2.0 – Verhindert das Bundesland Bremen eine schnelle Umsetzung?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 5. September 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand des Landes Bremen mit dem Bund bezüglich des Digitalpakts 2.0 und zu welchem Zeitpunkt startet die Umsetzung des Digitalpakts 2.0?
2. Inwiefern matcht das Angebot des Bundes zum Digitalpakt 2.0, eine hälftige finanzielle Beteiligung, mit den Vorstellungen des Bundeslandes Bremen?
3. Wie können die nötigen Mittel und in welcher Höhe im Haushalt ab 2025 hinterlegt werden?

**Anfrage 31: Welcome im Center für internationale Gesundheitsfachkräfte?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 10. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Dienstleistungen soll das geplante Welcome Center für internationale Gesundheitsfachkräfte konkret anbieten?
2. Welche konkreten Vorabsprachen mit Trägern zum Pilotprojekt liefen und welche Anforderungen verbinden sich damit laut Ausschreibung für den künftigen Träger dieser Einrichtung?
3. Wie werden die Planungen und Umsetzungen dieses speziellen Centers mit dem geplanten allgemeinen Welcome Center (siehe Koalitionsantrag aus Drucksache 21/315 vom 6. März 2024) synchronisiert?

**Anfrage 32: Beteiligung Bremens an der „Brückenkomponente Albanien“
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 10. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe haben Bremen veranlasst, an diesem Programm, an dem nur zwölf Bundesländer beteiligt sind, teilzunehmen und anhand welcher Kriterien wird die Notwendigkeit der Teilnahme Bremens durch wen bewertet?
2. Wie wird verhindert, dass Menschen gezielt nach Deutschland und/oder in eines dieser zwölf Bundesländer einreisen, um das Programm für die Rückkehr zu nutzen?
3. Führt die Teilnahme an diesem Programm zu einer verstärkten Einreise albanischer Staatsangehöriger nach Bremen und welchen Finanzierungsanteil hatte Bremen seit der Einführung des Programms im April 2021 jährlich zu tragen? (Bitte die Kosten aufschlüsseln.)

**Anfrage 33: Wie steht es im Land Bremen um Beratung und Hilfe zum Thema der weiblichen Genitalbeschneidung?
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 10. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Träger mit welchem Stellenvolumen bieten im Land Bremen Beratungen und Hilfen zum Thema der weiblichen Genitalbeschneidung an?
2. Wie hoch sind die dafür im aktuellen Haushalt eingestellten Haushaltsmittel?
3. Wie viele dieser Beratungen wurden in den Jahren 2023 und 2024 durchgeführt?

**Anfrage 34: Wann kommt die Bezahlkarte und wie bürokratiarm wird sie?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 10. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wann rechnet der Senat vor dem Hintergrund der Verzögerungen im Vergabeverfahren mit dem Start der Bezahlkarte?
2. Geht der Senat davon aus, dass die Bezahlkarte so wie sie jetzt geplant ist, die Verwaltung be- oder entlastet und in welchen Bereichen rechnet er mit Be- beziehungsweise Entlastungen?
3. Wie bewertet der Senat Berichte über Aktionen zur Umgehung der Bargeldobergrenze vor und ist bekannt, ob solche Aktionen auch in Bremen geplant sind?

**Anfrage 35: Wann gibt es Planungssicherheit für Klimabildungsprojekte?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Philipp Bruck, Dr. Henrike Müller
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Zu wann können das Klimabildungsprojekt „Klima – ich wandle mich“ am MARUM sowie die Projekte von Energiekonsens (ener:kita und die Klimaschulen) mit einer verbindlichen Antwort auf ihre Finanzierungsanträge rechnen und Planungssicherheit bekommen?
2. Welche Gründe können dazu führen, dass die im Haushalt veranschlagten und hinterlegten Finanzmittel nicht rechtzeitig freigegeben werden und wie plant der Senat, solche Verzögerungen zu vermeiden?
3. Wie schätzt der Senat die Bedeutung dieser Projekte insgesamt ein und welche Maßnahmen ergreift der Senat, damit diese zeitnah starten und noch in diesem Schuljahr 2024/2025 ihre Wirkung entfalten können?